

SICHERHEIT & ORDNUNG

<u>Titel</u>	<u>Seite</u>
Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr sowie Langzeitmittelplanung für den Neubau von Feuerwehrhäusern allgemein	2
Behebung von Defiziten in der Feuerwehraus- und -fortbildung	4
Erhöhung der Pauschale für die Freiwillige Feuerwehr/Ehrenamt gemäß Programm FREIWILLIG stark!	6
Feuerwehr: Budgetkürzungen verhindern	8
Das Amt für öffentliche Ordnung handlungsfähig machen – Stellen schaffen!	10
<u>Summe: 5 Antäge</u>	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr sowie Langzeitmittelplanung für den Neubau von Feuerwehrhäusern allgemein

Wir beantragen:

1. Planungsmittel für die Sanierung bzw. den Neubau der meisten Feuerwehrhäuser der freiwilligen Feuerwehr: **je 275.000 Euro in den Jahren 2020 und 2021**
2. Für den unabweisbar nötigen Neubau von weiteren drei Berufsfeuerwehrwachen sowie für den hohen Nachholbedarf beim Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr werden **ab 2022** in der mittelfristigen Finanzplanung für perspektivisch 20 Jahre **25 Mio. Euro pro Jahr** als Vorbelastung angemeldet

Begründung:

→ Mit Mitteilungsvorlage **GRDs 476/2019** zum Haushaltsplan 2020/2021 wurde der Gemeinderat über das Ergebnis der im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/19 von der Verwaltung zugesagten flächendeckenden Erhebung zum erforderlichen Sanierungsbedarf der Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr informiert.

Demnach besteht nur bei 5 Feuerwehrhäusern kein Handlungsbedarf, weil diese den aktuellen Vorschriften entsprechen. Über die Hälfte der Häuser sind 35 Jahre alt und entsprechen in Bezug auf die technische Ausstattung und räumlichen Standards nicht mehr den heute gültigen Normen und Vorschriften. Bei sechs Häusern sollen noch in 2019 konkrete Verbesserungsmaßnahmen wie Abgasabsauganlage oder Verbesserungen der Umkleidebereiche sukzessive umgesetzt werden.

→ **5 Feuerwehrhäuser** müssen allerdings für eine Bestandssanierung bzw. für eine Erweiterungsmöglichkeit **vertiefend untersucht** werden und bei **8 Feuerwehrhäusern** sind **Neubauplanungen** am bestehenden oder an einem alternativen Standort **unumgänglich**.

Ferner werden für die mittelfristige Finanzplanung Mittel in der beantragten Höhe nötig, weil unter den drei neu zu errichtenden Berufsfeuerwachen z.B. alleine der Neubau der Hauptwache 3 Bad Cannstatt mit Katastrophenschutzzentrum und optionalem Übungsgelände in der Nähe der ILS/IVLZ mit ca. 100 Mio. Euro zu veranschlagen ist, die Feuerwachen 1 (Mitte/Süd) und 4 (Nord/Feuerbach) ebenfalls Neubauten benötigen sowie

SICHERHEIT & ORDNUNG

ein jährlicher Bedarf von ca. zwei Neubauten von Feuerwehrhäusern für die Freiwillige Feuerwehr gegeben ist. In schwierig räumlich zu versorgenden Teilen der LHS wie z.B. im geplanten Rosensteinviertel könnten mit Portalwachen ebenfalls abgedeckt werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Behebung von Defiziten in der Feuerwehraus- und -fortbildung

Wir beantragen:

3. **dauerhafte Budgeterhöhung** um 150.000 € / Jahr für
 - 1a) **Heißausbildung** für alle Einsatzkräfte der BF und FF
 - 1b) **Fahrsicherheitstraining** für alle Einsatzkräfte der BF und FF
 - 1c) **30-Stunden-Fortbildung** für das Personal im Rettungsdienst und in der Leitstelle

Begründung:

Im Bereich der Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr sowie des Personals im Rettungsdienst und in der Leitstelle werden im Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzliche finanzielle Mittel benötigt, um vorhandene Defizite zu beheben:

- bei der für die Einsatzkräfte der BF und FF **unerlässlichen Realbrandausbildung** fällt die bisherige Übungsmöglichkeit weg,
- da **kein eigenes Aus- und Fortbildungsgelände** zur Verfügung steht, ist die Nutzung von externen Übungsanlagen erforderlich,
- im Bereich des **Tauchwesens** besteht aufgrund von Stellen-/Dienstherrnwechsel ein **Ausbildungsbedarf von 10 neuen Feuerwehrtauchern**,
- ein spezielles **Fahrsicherheitstraining** soll das Unfallrisiko beim Fahren von Einsatzfahrzeugen unter Einsatzbedingungen minimieren,
- bei der **Qualifizierung von Leitstellendisponenten** sind die Ausbildungsmodule an der Landesschule für den Rettungsdienst neuerdings kostenpflichtig,
- die nach Rettungsdienstgesetz vorgeschriebenen **30-Stunden-Fortbildung** des im **Rettungsdienst** bzw. in der **Leitstelle** eingesetzten **Personals** konnte in der Vergangenheit nicht oder nur teilweise geleistet werden.

SICHERHEIT & ORDNUNG



Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung der Pauschale für die Freiwillige Feuerwehr/Ehrenamt gemäß Programm FREIWILLIG stark!

Wir beantragen:

4. Eine Erhöhung der aktuellen, auch in der grünen Liste enthaltenen, **Pauschale** von 132.500 Euro pro Jahr 2020ff um 157.500 Euro auf **290.000 Euro pro Jahr 2020ff**
5. Eine weitere Erhöhung der Pauschale um 290.000 Euro pro Jahr auf 580.000 Euro pro Jahr 2020ff

Begründung:

Aus praktischen Gründen wurde der Antrag in zwei Stufen gestaffelt, um zumindest für eine erste Erhöhung besser eine Mehrheit finden zu können.

Wegen der Klimakrise steigt die Zahl der Einsätze der Feuerwehr i.a. und damit auch der für den Haushalt insgesamt günstigeren Freiwilligen Feuerwehr systematisch an, insbesondere Waldbrände und Starkregenereignisse und damit verbundene Überschwemmungen werden wahrscheinlicher und gravierender.

Die erste Stufe des Programms im DHH 18/19 wurde v.a. für die dringend nötige und vom Landesfeuerwehrverband empfohlene Erhöhung der Einsatzentschädigung verwendet.

→ Für die komplette Umsetzung der 2. Stufe des Forderungskatalogs des Stadtfeuerwehrverbandes Stuttgart werden dauerhaft weitere ergänzende Finanzmittel i. H. v. **447.000 € pro Jahr** benötigt. Neben weiteren Verbesserungen bei der Entschädigung des ehrenamtlichen Engagements in der Freiwilligen Feuerwehr umfasst dieses **Maßnahmenpaket 2** zusätzliche Maßnahmen zur Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit, zur Personalerhaltung/-fürsorge sowie zur Anerkennung von Führungsfunktionen.

Insbesondere sollen

- die **Aufwandsentschädigung der Funktionsträger und Übungsleiter** gemäß den Empfehlungen der kommunalen Landesverbände erhöht werden,
- die **zusätzliche Entschädigung als Auslagenersatz für den Übungsdienst** erhöht werden,

SICHERHEIT & ORDNUNG

- das **Titisee-Freiplatz-Kontingent** für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der **FF** erhöht werden,
- die **Zuwendungen an die Kameradschaftskasse** für die **Jugendfeuerwehr** und **Altersabteilung** erhöht werden,
- zur Förderung von **Gesundheitspräventionsmaßnahmen** die Kosten für Sporthallen und Sportveranstaltungen sowie für Sportübungsleiter zur Durchführung eines angeleiteten Dienstsports der FF übernommen werden,
- die **Abteilungskommandanten** und die **stellvertretenden Abteilungskommandanten** sowie der **Leiter der Jugendfeuerwehr** mit **modernen Kommunikationsmitteln** ausgestattet werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Feuerwehr: Budgetkürzungen verhindern

Wir beantragen:

6. 220.000 EUR ab 2020ff Zusatzkosten für Leitungsanlagen über 10-4 TK
7. 30.000 EUR ab 2020ff für die Sicherheitsüberprüfung von Notstromaggregaten
8. 35.000 EUR ab 2020ff für die Vollumsetzung des betrieblichen Sportkonzepts

Begründung:

Es gibt immer noch große offene Aufgaben bei der Stuttgarter Feuerwehr, die weit über die hier beantragten Mittel hinausgehen. Mit unseren Anträgen fordern wir lediglich das absolut Betriebsnotwendige für die Feuerwehr. Wenn eine dauerhafte Zukunftssicherung gewährleistet werden soll, werden erhebliche weitere Mittel in Personal und Material fließen müssen – weit über den laufenden Doppelhaushalt hinaus.

1. Die Zusatzkosten für Leitungsanlagen belasten das reguläre Budget der Feuerwehr, weil die Verwaltung sie der Branddirektion in Rechnung stellt. Die Branddirektion hat keinen Einfluss auf diese Kosten – sie werden von der Verwaltung auch nicht als Sondereinflüsse anerkannt. Damit sind diese jährlich anfallenden 220 000 Euro eine Budgetkürzung, die nicht zu rechtfertigen ist.
2. Die Überprüfung von Notstromaggregaten ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Um diese zu gewährleisten, muss die Verwaltung der Branddirektion jährlich 30 000 Euro zur Verfügung stellen. Es gab bereits einen Unfall wegen nicht ausgeführter Wartung an einem Notstromaggregat. Es ist nicht hinnehmbar, dass an der Sicherheit gespart wird.
3. Das vom Gemeinderat beschlossene Sportkonzept ist trotz der großen Bedeutung körperlicher Fitness der Feuerwehrleute z.Zt. nicht voll finanziert und kann daher nur zu 70% des Jahres durchgeführt werden. Das Budget war zum Start des Programms für eine ganzjährige Nutzung zu niedrig angesetzt. Im Gegensatz zu anderen Bereichen in der Stadtverwaltung gibt es bei der Feuerwehr keine Urlaubs- und Ferienzeiten, in denen das Programm pausieren könnte.

SICHERHEIT & ORDNUNG



Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Das Amt für öffentliche Ordnung handlungsfähig machen – Stellen schaffen!

Wir beantragen:

1. Im Amt für öffentliche Ordnung werden zusätzlich zu den von der Verwaltung bereits unterstützten Stellenanträgen die folgenden dringend benötigten Stellen geschaffen:
 - 1.1. Für die **Ausländerbehörde** werden geschaffen
 - 1.1.1 8,3 Stellen Sachbearbeitung A 9 mD für die Ausländerbehörde als Ansprechpartner/in für Hochqualifizierte (Ifd. 1845)
 - 1.1.2 1,0 Stelle für Sachbearbeitung A 11 für die Ausländerbehörde als Ansprechpartner/in für Firmen (Ifd. 1845)
 - 1.1.3 4,0 Stellen Sachbearbeitung EG 6 zur Ausgabe des elektronischen Aufenthaltstitels - eAT
 - 1.2. Für den **Bereich 32-1 Organisation** werden geschaffen
 - 1.2.1 1 Stellen Sachbearbeitung A 11 Organisation (Ifd. 1860)
 - 1.2.2 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 8 Organisation (Ifd. 1865)
 - 1.2.3 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 9a für Gebäude- und Arbeitssicherheit (Ifd. 1870).
 - 1.3. Für die **Gewerbe- und Gaststättenbehörde** werden folgende Stellen geschaffen:
 - 1.3.1 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11 Gewerberecht (u.a. zur Kontrolle von Schwarzarbeit) (Ifd. 1890)
 - 1.3.2 1,0 Stelle Sachbearbeitung A8 Gewerberecht (u.a. zur Prüfung der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit von Security-Unternehmen) (Ifd. 1910)
 - 1.3.3 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11 für Gaststättenrecht aufgrund erheblicher Arbeitsvermehrung durch gestiegene Sicherheitsanforderungen bei der Festsetzung von Messen und Märkten (Ifd. 1880)
 - 1.3.4 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 9 mD zur Beratung und Kontrolle im Außenbereich (keine Ifd. Nummer)

SICHERHEIT & ORDNUNG

- 1.4. Für die Führerscheinstelle werden 3 Stellen für Sachbearbeitung A 7 und eine Stelle für die Kasse A 7 geschaffen. (Ifd. 1875)

Begründung:

Das Amt für öffentliche Ordnung in Stuttgart erfüllt Pflichtaufgaben und ist die meist besuchte Anlaufstelle der Stadtverwaltung mit rund 800 000 Bürgerkontakten. Häufig müssen ad hoc in Gegenwart des Antragstellers Verwaltungsvorgänge erledigt werden. Zeitdruck, stark gestiegene Anspruchshaltung von Bürger*innen bis hin zu latenter Aggressivität gegenüber dem Personal führt zu belastenden Arbeitsbedingungen. Regelmäßig wird in Zeitungen über sehr lange Wartezeiten, vorübergehende Schließungen und weitere Missstände berichtet (z.B. der Kfz-Zulassungsstelle, Bürgerbüros, Ausländerbehörde etc.). Dies setzt die Mitarbeiter*innen massiv unter Druck. Das AföO hat große Personalrekrutierungsprobleme. Der Teufelskreis schließt sich, da bei stark belastenden Arbeitsbedingungen die Fluktuation und die Krankheitsquote steigt, die Überstundenzahl für die verbleibenden Beschäftigten noch größer wird und der Arbeitsdruck noch weiter steigt. Dieser Abwärtsspirale muss dringend Einhalt geboten werden. Zugleich wird von massiven Abwerbungen durch Kommunen im Umland sowie Ministerien und anderen Unternehmen und Institutionen berichtet.

Begründung Ad 1.1.1 und 1.1.2)

Mit dem Beginn des Jahres 2020, respektive dem 1. März 2020 tritt das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft. Damit soll es nicht mehr nur hochqualifizierten Fachkräften möglich sein, in Deutschland eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, sondern es werden zukünftig auch mehr Fachkräfte für Tätigkeiten mit mittleren Abschlüssen – insbesondere für Branchen mit Mangelberufen – kommen. Bereits jetzt hat sich bei den Nachfragen nach Hochqualifizierten eine Verdopplung der Beratungsanfragen gezeigt. Bei den Interessenten mit mittleren Berufsabschlüssen ist auch im Vorfeld des Gesetzes bereits ein starker Zuwachs an Anfragen und Beratungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Migrationspakets festzustellen. Es liegt im Interesse öffentlicher wie auch privater Arbeitgeber, dass Fachkräfte nach Stuttgart kommen. Sowohl die Fachkräfte wie auch die Arbeitgeber sind qualifiziert zu beraten und müssen betreut werden.

Ad 1.1.3)

Die bereits vor Jahren geschaffenen Stellen zum elektronischen Aufenthaltstitel reichen bei weitem nicht aus. Bisher erfolgte die Erteilung des Aufenthaltstitels noch über Klebeetiketten in den Pass, doch das wird jetzt grundsätzlich durch das komplexe Ausgabeverfahren des elektronischen Aufenthaltstitels abgelöst. Es wäre für die Arbeitsabläufe sehr viel effizienter, vier Mitarbeiter*innen an einem speziellen Schalter für diesen eAT einzusetzen, damit die Ausgabe routiniert erfolgen kann.

Ad 1.2.1 bis 1.2.3)

Aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahlen bei gleichzeitigem immer größer werdendem Rummangel für Arbeitsplätze sowie hoher Fluktuation ist der Organisationsaufwand erheblich gestiegen. Es wird mehr Personalkapazität für Raumplanung, Planung von Umzügen, Koordination Sicherheitsdienst, Alarmschaltungen an Telefonen etc. benötigt. Ein Mitarbeiter kümmert sich um über 30 Gebäude, auf die das AföO verteilt ist. Er ist für Fragen des Brandschutzes, Ersthelfer*innen, Arbeitssicherheit und Gefährdungsbeurteilung verantwortlich und muss sich gleichzeitig um Ersatzräume und deren Sicherheitsausstattung sowie die Kontrolle der parallel stattfindenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in der Eberhardstraße 39 kümmern. Dies ist eine völlige Überlastung, daher ist eine weitere Stelle nötig!

SICHERHEIT & ORDNUNG

Ad 1.3.1)

Illegales Wirtschaften ohne Konzession und Gewerbezulassung benachteiligt Betriebe, die sich an Regeln und Vorschriften halten. Die daraus resultierende Wettbewerbsverzerrung und die damit häufig einhergehenden prekären und illegalen Arbeitsverhältnisse sind zu unterbinden.

Zudem ist in 41 Gewerken die Meisterpflicht als Voraussetzung zur Betriebsgründung wieder eingeführt worden, was auch kontrolliert werden muss.

Ad 1.3.2

Im Bereich von Security-Firmen werden häufiger „Stroh Männer“ mit „weißer Weste“ also Menschen ohne Einträge ins polizeiliche Führungszeugnis als Verantwortliche für die Bewachung genannt, obwohl faktisch Security-Leute eingesetzt werden, die keine Zulassung erhalten hätten, da sie vorbelastet/vorbestraft sind. Hier müssen intensive Überprüfungen stattfinden.

Ad 1.3.3

Das Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen“ ist stark gestiegen; die Beratung und Kontrolle der entsprechenden Vorschriften und Maßnahmen erfordert deutlich erhöhte Personalkapazität.

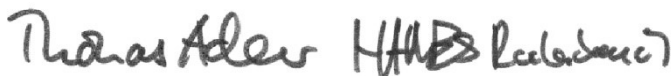
Ad 1.3.4

Die Beratung von Gewerbetreibenden vor Ort und z.B. die Vermittlung zwischen Anwohner*innen, Gewerbe, Gastronomie etc. benötigt Zeit. Z.B. am Josef-Hirn-Platz konnte erfolgreich vermittelt werden zwischen dem Bedürfnis nach Nachtleben auf der einen Seite und dem Ruhebedürfnis auf der anderen Seite. Solche „runden Tische“ bedeuten mehr Zeit und Personalaufwand. Viele Probleme können über Beratung schon im Vorfeld geklärt werden. Hier ist eindeutige Arbeitsvermehrung durch längere Prozesse feststellbar, hinzu kommen steigende Fallzahlen. Zudem wird der Wunsch nach einer/m Nachtbürgermeister/in, welche/r jedoch auch einen Ansprechpartner im Amt haben muss.

Ad 1.4

Die Personalsituation ist in der Führerscheinstelle bereits extrem angespannt. Dazu kommt, dass die gesetzliche Umtauschpflicht der Führerscheine beschlossen ist, wonach neue Führerscheine nur noch 15 Jahre gültig sind. Da der Gesetzgeber eine zeitliche Umtauschpflicht festgelegt hat, müssen in den kommenden Jahren die Fahrerlaubnisinhaber gestaffelt nach Geburtsjahrgang ihre Führerscheine umtauschen. Die Jahrgänge 1953 bis 1958 müssen bis zum 19.1.22 umgetauscht haben, daher wird mit bis zu 20 000 Umtauschfälle im Jahr gerechnet. Der Deutsche Städtetag geht von einer Vollzeitkraft je 200 000 Einwohner*innen aus. Bezogen auf Stuttgart werden 3 Vollzeitkräfte zusätzlich benötigt.

Eine weitere Stelle für die Kasse ist für einen schnelleren und verbesserten Publikumsverkehr nötig.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender